



Die Krise im Persischen Golf offenbart eine alte, oft verdrängte Realität internationaler Politik: Militärische Initiative lässt sich nicht automatisch in kollektives Handeln übersetzen. Während Washington nach den Angriffen auf iranische Ziele Ende Februar 2026 nun Unterstützung zur Sicherung der Schifffahrtsroute durch die Strasse von Hormus mobilisieren will, reagieren selbst enge Verbündete mit auffälliger Zurückhaltung. Die strategische Bedeutung des Nadelöhrs ist unbestritten – rund ein Fünftel des globalen Öl- und LNG-Handels passiert hier –, doch die Bereitschaft, sich militärisch zu engagieren, bleibt gering.

Europas kalkulierte Distanz

Am deutlichsten artikuliert sich die Skepsis in Europa. Mehrere zentrale NATO-Staaten, darunter Deutschland, Spanien und Italien, haben eine direkte Beteiligung an militärischen Operationen im Persischen Golf abgelehnt. Hinter dieser Entscheidung steht weniger Gleichgültigkeit gegenüber der Energiesicherheit als vielmehr eine nüchterne Abwägung von Risiken und politischer Kontrolle.

Die Europäische Union prüfte zwar eine mögliche Ausweitung ihrer Marineoperation „Aspides“, die bislang auf den Schutz von Handelsschiffen im Roten Meer ausgerichtet ist. Doch bereits in den internen Beratungen zeigte sich ein grundlegendes Problem: Es fehlt an politischem Konsens, an klar definierten Zielen und an einer belastbaren Exit-Strategie. Die EU-Aussenbeauftragte Kaja Kallas brachte dies indirekt auf den Punkt, indem sie auf die mangelnde Bereitschaft der Mitgliedstaaten verwies, das Mandat auf den Golf auszuweiten.

Diese Zurückhaltung verweist auf eine strukturelle Differenz: Während Washington rasch auf militärische Instrumente setzt, denken europäische Hauptstädte stärker in Kategorien der Eskalationskontrolle. Eine Mission, die ursprünglich dem Schutz kommerzieller Schifffahrt diente, soll nicht in eine faktische Kriegsbeteiligung gegen Iran übergehen.

Institutionelle Grenzen europäischer Sicherheitspolitik

Besonders aufschlussreich ist die Haltung Griechenlands, das die Operation „Aspides“ koordiniert. Athen hat eine Beteiligung im Persischen Golf explizit ausgeschlossen. Diese Entscheidung verweist auf eine oft unterschätzte Realität: Europäische Missionen sind keine flexibel verschiebbaren Instrumente geopolitischer Opportunität, sondern an rechtliche Mandate, politische Einstimmigkeit und operative Kapazitäten gebunden.

Ein Einsatz im Golf würde nicht nur neue militärische Ressourcen erfordern, sondern auch eine grundlegende Neubewertung der strategischen Zielsetzung. Ohne klar definierte



politische Endpunkte – etwa Bedingungen für eine Deeskalation oder ein diplomatisches Abkommen – erscheint ein solcher Schritt aus europäischer Sicht kaum verantwortbar.

Transatlantische Spannungen im „Trump-II“-Zeitalter

Die verhaltenen Signale aus London und Kopenhagen unterstreichen die Erosion des politischen Vertrauens innerhalb der transatlantischen Allianz. Zwar schliessen weder das Vereinigte Königreich noch Dänemark eine Beteiligung vollständig aus, doch die angebotenen Beiträge bleiben bewusst begrenzt – etwa auf Minenabwehr oder logistische Unterstützung.

Diese Vorsicht reflektiert eine tiefere Skepsis gegenüber der strategischen Kohärenz der amerikanischen Politik. Verbündete zweifeln weniger an der Bedrohungsanalyse als an der langfristigen Planung Washingtons. Wer militärisch eingreift, muss nicht nur das Ziel definieren, sondern auch den Weg dorthin und darüber hinaus. Genau hier sehen viele Partner derzeit Defizite.

Die implizite Botschaft ist deutlich: Die Vereinigten Staaten haben die Eskalationsdynamik massgeblich geprägt – nun sollen sie auch die Hauptverantwortung für deren Folgen tragen.

Asiens pragmatische Zurückhaltung

Noch bemerkenswerter ist die Zurückhaltung in Asien, obwohl Staaten wie Südkorea und Japan in hohem Masse von Energieimporten aus der Golfregion abhängig sind. Seoul verweist auf innenpolitische und rechtliche Hürden für militärische Einsätze, während Tokio seine Strategie auf die Sicherung alternativer Energiequellen konzentriert.

Die Anfrage Japans an Australien, die LNG-Produktion auszuweiten, illustriert diesen Ansatz: Statt militärischer Risikobeteiligung steht die wirtschaftliche Resilienz im Vordergrund. Diese Prioritätensetzung entspricht einer längerfristigen Entwicklung, in der asiatische Staaten ihre Verwundbarkeit durch Diversifizierung und strategische Reserven reduzieren wollen.

China wiederum bleibt seiner Linie treu: politische Gesprächsbereitschaft bei gleichzeitiger militärischer Zurückhaltung. Peking profitiert von stabilen Handelsrouten, vermeidet jedoch bewusst die Kosten und Risiken sicherheitspolitischer Interventionen. Dieses Verhalten entspricht einem klassischen Muster selektiver Verantwortung in der internationalen Ordnung.



Militärische Präsenz als riskante Lösung

Der amerikanische Ansatz beruht auf einer plausiblen Annahme: Die Sicherung eines zentralen maritimen Engpasses ist im Interesse der Weltwirtschaft. Tatsächlich zeigen steigende Ölpreise und volatile Märkte bereits die unmittelbaren Auswirkungen der Krise. Doch die vorgeschlagene Lösung – verstärkte militärische Präsenz – ist keineswegs risikofrei.

Der Persische Golf hat sich in den vergangenen Jahren zu einem hochgradig asymmetrischen Konfliktraum entwickelt. Drohnen, Raketen und Seeminen ermöglichen es selbst einem regionalen Akteur wie Iran, erhebliche Störungen zu verursachen. Eine internationale Flottenpräsenz könnte zwar einzelne Transporte schützen, gleichzeitig aber das Risiko direkter militärischer Konfrontationen erhöhen.

Auch aus maritimer Perspektive ist die Lage komplex. Selbst koordinierte Geleitsysteme können keine vollständige Sicherheit garantieren, insbesondere in einem Umfeld, in dem nichtstaatliche und staatliche Akteure hybride Taktiken einsetzen. Die Militarisierung einer Handelsroute kann so paradoxerweise deren Verwundbarkeit erhöhen.

Diplomatische Alternativen und begrenzte Optionen

Vor diesem Hintergrund gewinnt eine alternative Strategie an Bedeutung: die Suche nach diplomatischen Arrangements zur Sicherung der Schifffahrt. Innerhalb der EU wird ein Ansatz diskutiert, der an frühere Abkommen zur Gewährleistung von Exportkorridoren erinnert. Ziel wäre es, unter internationaler Vermittlung eine Art Sicherheitsmechanismus für zivile Schiffe zu etablieren.

Ob ein solcher Ansatz im aktuellen Konfliktumfeld realistisch ist, bleibt offen. Die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten sind deutlich komplexer als in vergleichbaren Fällen, und das Vertrauen zwischen den Konfliktparteien ist gering. Dennoch signalisiert die Diskussion eine zentrale Präferenz Europas: Konfliktbegrenzung durch Diplomatie statt Eskalation durch militärische Präsenz.

Die aktuelle Lage markiert damit mehr als nur eine regionale Krise. Sie zeigt die Grenzen amerikanischer Führungsfähigkeit in einer multipolaren Welt, in der selbst enge Partner ihre Unterstützung zunehmend an Bedingungen knüpfen. Wirtschaftliche Interdependenz allein reicht nicht aus, um militärische Koalitionen zu formen.

Für Donald Trump bedeutet dies eine strategische Ernüchterung. Die Erwartung, dass



Hormus als Lackmustest: Warum Trumps Eskalationskurs auf begrenzte Gefolgschaft stösst

gemeinsame Interessen automatisch zu gemeinsamer Aktion führen, erweist sich als trügerisch. Stattdessen dominiert ein Muster selektiver Beteiligung, geprägt von Risikovermeidung, innenpolitischen Zwängen und wachsendem Misstrauen gegenüber unilateralen Entscheidungen.

Die Strasse von Hormus wird so zum Symbol einer veränderten Weltordnung: ein Ort, an dem sich nicht nur Tanker stauen, sondern auch die Illusionen über die Berechenbarkeit internationaler Solidarität.

P.T.